

Kriminelles Lobbying und die fast vergessene Opioid-Epidemie

Neben der allgegenwärtigen Berichterstattung zur Corona-Pandemie überraschte im Februar 2021 eine Medienmitteilung, dass die Beratungsfirma McKinsey zur Zahlung einer Summe von 573 Millionen US-Dollar verurteilt wurde¹. Obwohl im Vergleichsverfahren kein formelles Schuldeingeständnis erfolgte, wurde hier gerichtlich der relevante Einfluss der Beratungsfirma auf eine der grössten Gesundheitskatastrophen der jüngeren Geschichte bestätigt. McKinsey ist hier nur ein unrühmlicher Mitspieler und Lobbyist in einem Drama, das sich in den USA abspielt. Im Zentrum stehen der Lobbyismus und die Mechanismen der Einflussnahme der Industrie auf die Medizin.



Burkhard Gierer

Die Opioidkrise

Die Opioidkrise in den USA hat nach Anfängen in den 1990er Jahren die Form einer Epidemie angenommen, deren Fallzahlen und Einflussfaktoren ausgesprochen negativ beeindruckend. Durch die Opioidkrise ist in den USA die Lebenserwartung der Bürger seit 2014 um vier Monate gesunken, dies entgegen dem sonst bestehenden Trend. Letztendlich war 1993 eine Reduktion der Lebenserwartung durch die HIV-Infektionen verursacht worden. Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen der Opioid-Epidemie 450 000 Menschen verstarben². Verschiedene Publikationen weisen darauf hin, dass die seit 2013 stark ansteigenden Todesfälle auf die Einnahme illegal produzierter Substanzen, insbesondere Fentanyl, zurückzuführen sind³. Ein Grossteil der Verstorbenen war allerdings von legalen Opioiden abhängig geworden, die ihnen vorab verschrieben worden waren.

Epidemie mit drei Wellen

Der Ablauf der Epidemie zeigt drei Wellen: der Beginn der ersten Welle datiert in den späten 1990er Jahren und ist auf einen Anstieg der Verschreibungen von Opioiden zurückzuführen. Eine zweite

Welle beginnt um 2010 mit dem starken Zuwachs des Konsums von Heroin. Abhängige Patienten weichen auf den illegalen Markt aus. Nach einem Abflachen auf hohem Niveau beginnt ab etwa 2013 eine dritte Welle mit einem sehr starken Anstieg des Konsums von häufig illegal produziertem Fentanyl.

Diese katastrophale Entwicklung hat sicherlich komplexe Ursachen, wobei die sozialen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen in den USA eine erhebliche Rolle spielen. Allerdings kommt dem destruktiven und kriminellen Einfluss einiger pharmazeutischer Unternehmen in dieser Krise und der Epidemie eine Schlüsselrolle zu. Staatliches Versagen bei der Kontrolle von Lobbyismus und unzureichende Regulierung spielten den Unternehmen in die Hände.

Lobbying, Bestechung, offene Kriminalität, Unternehmensberatung

Das Lobbying fand in komplexer und mitunter auch ausgesprochen intransparenter Form statt. Durch die gerichtlichen Untersuchungen kamen in den letzten Jahren immer mehr Fakten ans Tageslicht, die zeigen, auf welche Weise die pharmazeutischen Firmen, aber auch das involvierte Netzwerk aus Ärzten, Patientenorganisationen, Spitälern und akademischen Institutionen einschliesslich Public-Health-Institutionen sich schuldig gemacht haben⁴.

Im Zentrum der bekannt gewordenen Machenschaften steht die mittlerweile insolvente US-Firma Purdue Pharma, die mit dem Medikament Oxycontin einen Blockbuster auf dem pharmazeutischen Markt etabliert hatte. Die oben erwähnte Unternehmensberatung McKinsey hatte über Jahre ein Beratungsmandat bei Purdue Pharma und eingehende Kenntnis von den Geschäftspraktiken, die sie selbst propagierten. Neben Purdue Pharma waren weitere Firmen in der Opioidkrise Treiber, zu Verurteilungen kam es u.a. bei Johnson & Johnson (2019,

Entschädigungszahlungen in Höhe von 572 Millionen US-Dollar), Mallinckrodt Pharmaceuticals (grösster Opioidhersteller, Vergleichszahlung 1,6 Milliarden US-Dollar) und Insys (u.a. mehrjährige Haftstrafe des Gründers). Verurteilt wurden auch zahlreiche Ärzte (v.a. in Florida) und Betreiber von sog. «Pill Mills», illegalen und kriminellen Einrichtungen, die für die Verbreitung der Substanzen eine wichtige Rolle spielten.

Im Zentrum der Strategien der pharmazeutischen Firmen stand die Absicht, eine Ausweitung der Verschreibungen von Opioiden zu erreichen. Vor der Epidemie wurden die Schmerzmittel eher zurückhaltend verordnet und wurden v.a. bei Krebspatienten mit Schmerzsyndromen, oft zur Palliation, eingesetzt. Eine Erweiterung des Patientenstammes wurde verfolgt, auf Menschen mit akuten und chronischen Schmerzzuständen breiter Genese. Parallel dazu wurde eine Dosiserhöhung beworben, und die Risiken von Abhängigkeit und Missbrauch wurden heruntergespielt. Perfide waren Ansätze der Industrie, kritische Ärzte als «*opiophob*» zu diffamieren⁵. Dieser Terminus aus der PR-Abteilung von Purdue Pharma wurde gar in den Leitlinien der WHO zur Schmerztherapie aufgenommen, bis er unter dem Einfluss und Druck der öffentlichen Untersuchungen 2019 zurückgenommen wurde und neue Leitlinien erstellt wurden.

Gerichtsdokumente offenbarten, dass Ärzte, die mit Purdue-Pharmareferenten in Kontakt waren, bis zu 10-mal häufiger Verordnungen mit Todesfolge infolge Überdosierung ausstellten als Kollegen, die Opioiden ohne Kontakt zu Purdue verordneten. Aus weiteren Untersuchungsakten geht hervor, dass Purdue nach einem Schuldeingeständnis im Jahr 2007 für ein weiteres Jahrzehnt seine aggressive Marketingstrategien verfolgte und Patienten sowie Ärzte wider besseres Wissen betreffend die Risiken von Oxycontin täuschte.

McKinsey empfahl auch nach 2007 noch eine Konzentration auf den Verkauf von hochdosierten Präparaten und eine Absprache mit anderen Herstellern, um eine Regulierung durch die FDA möglichst zu vermeiden. Es waren auch McKinsey-Manager, die sich im Auftrag der Besitzer der Firma über das operative Management hinwegsetzten, um illegale Praktiken durchzusetzen¹.

Einflussnahme auf akademische Institutionen

Elegant und gleichzeitig perfide erscheint die Strategie der Industrie, renommierte Spitäler und akademische Institutionen zu infiltrieren. Nur ein paar Jahre nach der Lancierung von Oxycontin konnte Purdue Pharma einen Masterstudiengang für Schmerzforschung, Lehre und «policy» an der Tufts-Universität etablieren. Das Massachusetts General Hospital (MGH) erhielt Millionenbeiträge für das neu benannte *MGH Purdue Pharma Pain Center*.

Die akademischen Institutionen zeigten sich in keiner Weise selbstkritisch: eine neue interne Untersuchung der Tufts-Universität deckte auf, dass die Verantwortlichen auch nach den Schuldeingeständnissen von Purdue 2007 bis zuletzt keine Anstalten machten, ihre Zusammenarbeit mit der Firma zu hinterfragen⁴. Purdue suchte die Zusammenarbeit und Spendenabnehmer in der akademischen Welt auch deshalb, weil die Firma damit ihre Reputation stärken konnte. Im Zuge der gerichtlichen Untersuchungen kamen auch diesbezüglich vielsagende Dokumente und Details ans Licht: Einflussnahme auf die Lehre, tendenziöse Einflussnahme auf die Forschung, Studienprotokolle, Ausbildungscurricula, Vorträge und Referenten.

Lobbying bei NGOs und Patientenorganisationen

Die häufige Verschränkung von NGOs und akademischen Institutionen wurde von den Strategien der Pharmafirmen gezielt genutzt, um ein möglichst breites Wirkungsfeld zu erschliessen. Bei den Patientenorganisationen spielte die geringe finanzielle Ausstattung eine Rolle für deren leichte Beeinflussbarkeit. Vor allem Purdue und Insys taten sich hier als «Wohltäter» hervor. Bei verstärkten regulatorischen Aktivitäten seitens der CDCs hinsichtlich zurückhaltender Verschreibung von Opioiden gab es gerade von den Organisationen, die Gelder der Industrie erhalten hatten, Widerstand. Einige Organisationen gingen im Zuge



der gerichtlichen Aufklärung unter, wie z.B. die American Pain Society oder wie die Academy of Integrative Pain Management, nachdem der Finanzfluss durch das Lobbying der Industrie versiegt. Direkte Geldzahlungen an NGOs, die ihrerseits Organisationen für Leitlinien beraten, wirken sich als verdeckte, aber effektive Marketingstrategie aus. In internen Dokumenten bezeichnete Purdue dieses Vorgehen als *effektives Verkaufsinstrument*.

Finanzkraft und personelle Einflussnahme

Die aufgewendeten finanziellen Mittel für die Lobbyarbeit erreichten im Fall der Opioidfirmen gewaltige Ausmasse. Nach offiziellen Schätzungen gaben die Firmen zwischen 2006 und 2015 die Summe von 880 Millionen US-Dollar für Lobbyarbeit und Kampagnen aus⁵. Ein Heer von über 1300 Lobbyisten betätigte sich in allen Bundesstaaten der USA. Politiker in beiden Kammern der Legislative erhielten in zahlreichen Fällen Gelder von Lobbyisten, die im Auftrag der Opioidfirmen tätig waren.

Als die Opioidkrise durch das National Institute of Health (NIH) aufgegriffen wurde, geschah dies in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Über ein Drittel der Teilnehmer waren zu Beginn Abgesandte der Pharmaindustrie, mitunter Angestellte von Purdue Pharma und Johnson & Johnson. Eine kritische Beurteilung der Rolle dieser Firmen erfolgte zunächst nicht, das NIH wollte die Industrie als Partner dabei haben⁴. Die in diesem Fall tiefgreifenden Interessen-

konflikte zwischen Public-Health-Initiativen und der Industrie wurden nicht wahrgenommen oder ausgeblendet.

Das durch die unethischen, intransparenten und teilweise offen kriminellen Strategien der Opioid-Industrie in einem destruktiven Netzwerk hervorgebrachte menschliche Leid ist immens. Die CDCs gehen von einer Vielzahl Mitbetroffener pro Todesfall aus. Neben der gerichtlichen Aufklärung der Verantwortlichkeiten stellen sich für die Zukunft wichtige Fragen zur Regulierung und insbesondere hinsichtlich einer kritischeren Betrachtung der Praxis bei der Deklaration von Interessenkonflikten⁴.

Durch die Zahlungen im Rahmen des Vergleichs entsteht McKinsey ein grösserer Schaden, als die Firma durch die Profite gewonnen hat. Purdue hingegen wird auch bei (strategisch früh angemeldeter) Insolvenz unter dem Strich noch mehr Geld verdient haben, als sie durch Schadensersatzleistungen verlieren können⁶.

*Dr. med. Burkhard Gierer,
Mitglied der Redaktion Synapse*

1 NZZ vom 4.2.2021

2 CDC, Centers for Disease Control and Prevention (<https://www.cdc.gov/drugoverdose/epidemic/>)

3 Baldwin et al. (2021) Continued Increases in Overdose Deaths Related to Synthetic Opioids, JAMA

4 Marks, JH (2020) Lessons from Corporate Influence in the Opioid Epidemic: Toward a Norm of Separation, Journal of Bioethical Inquiry

5 Center for Public Integrity CPI, 2016

6 British Medical Journal 2021; 372